



Analysen eidgenössischer Urnengänge
Analyses des votations fédérales
Analisi delle votazioni federali

Analyse der eidgenössischen Volksabstimmung vom 16. Mai 2004

Isabelle Engeli

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein
11. AHV-Revision	772'773 32.1%	1'634'572 67.9%
Finanzierung der AHV und IV durch die Anhebung der Mehrwertsteuer	756'550 31.4%	1'651'347 68.6%
Steuerpaket	821'475 34.1%	1'585'910 65.9%
Stimmbeteiligung	51%	

gfs.bern

FORSCHUNG FÜR POLITIK,
KOMMUNIKATION UND GESELLSCHAFT

Hirschengraben 5, 3011 Bern
Telefon 031 311 08 06, Fax 031 311 08 19
e-mail: info@gfsbern.ch

Université de Genève Département de Science Politique
40, boulevard du Pont-d'Arve, 1211 Genève 4
Téléphone 022 379 88 73, Téléfax 022 379 83 64
e-mail: secretariat@politic.unige.ch

Impressum

Die VOX-Analysen eidgenössischer Urnengänge kommentieren seit 1977 alle Volksabstimmungen auf nationaler Ebene aufgrund repräsentativer Befragungen. Für die kontinuierliche Durchführung zeichnet das Forschungsinstitut gfs.bern verantwortlich. Die Federführung für die Analyse der vorliegenden Nummer liegt beim Institut für Politikwissenschaft, Universität Genf.

Institut für Politikwissenschaft, Universität Genf

Gesamtverantwortung: Prof. Than-Huyen Ballmer-Cao
Analyse/Auswertung: Isabelle Engeli

gfs.bern, Forschung für Politik, Kommunikation und Gesellschaft

Gesamtverantwortung: Claude Longchamp
Projektleitung: Lukas Golder
Sekretariat: Silvia Ratelband-Pally
Telefonbefragung, Feldchef: Georges Ulrich
CATI-Support: Remo Valsangiacomo
EDV-Auswertung: Stephan Tschöpe

Übersetzung

Dr. Emilio Violi, Nicole Stoll

Bestellungen

Die VOX-Analysen können für Fr. 78.– (Ausland: Fr. 85.–) pro Jahr abonniert werden. Einzelnummern können für Fr. 30.– (Ausland: Fr. 35.–) bezogen werden. Alle zurückliegenden Jahrgänge zusammen (1977 bis 2003) können für Fr. 700.– nachbezogen werden. Bestellungen sind zu richten an: gfs.bern, Sekretariat, Postfach 6323, 3001 Bern.

Zitierweise

Vorliegende Nummer: Engeli Isabelle (2004): Analyse der eidg. Abstimmungen vom 16. Mai 2004, VOX Nr. 83, gfs.bern und Institut für Politikwissenschaft, Universität Genf. Allgemein: VOX-Analysen eidg. Urnengänge, hrsg. vom Forschungsinstitut gfs.bern in Zusammenarbeit mit den politikwissenschaftlichen Instituten der Universitäten Bern, Genf und Zürich, 1977 ff.

Inhaltsverzeichnis

1. Einführung	5
1.1 Grad der Betroffenheit.....	5
1.2 Politische Kompetenz	6
1.3 Die Meinungsbildung	6
2. Änderung vom 3. Oktober 2003 des Bundesgesetzes über die Alters- und Hinterlassenenversicherung (11. AHV-Revision)	8
2.1 Die Ausgangslage	8
2.2 Das Profil der Stimmenden	8
2.3 Die Stimmotive	11
2.4 Die Akzeptanz der Argumente.....	13
3. Bundesbeschluss vom 3. Oktober 2003 über die Finanzierung der AHV/IV durch Anhebung der Mehrwertsteuersätze	14
3.1 Die Ausgangslage	14
3.2 Das Profil der Stimmenden	15
3.3 Die Stimmotive	17
3.4 Die Akzeptanz der Argumente.....	18
4. Bundesgesetz vom 20. Juni 2003 über die Änderung von Erlassen im Bereich der Ehe- und Familienbesteuerung, der Wohneigentums- besteuerung und der Stempelabgaben	20
4.1 Die Ausgangslage	20
4.2 Das Profil der Stimmenden	20
4.3 Die Stimmotive	24
4.4 Die Akzeptanz der Argumente.....	25
5. Die Stimmbeteiligung	27
6. Schlusswort	29
7. Zur Methode	32
8. Hauptresultate der VOX-Analyse der Abstimmung vom 16. Mai 2004.....	32

Tabelle 1.1: Ergebnisse in Prozent der Stimmenden gesamtschweizerisch und pro Kanton

<i>Kantone</i>	<i>Stimmbeteiligung</i> in %	<i>11. AHV- Revision</i> % Ja	<i>MwST- Anhebung</i> % Ja	<i>Steuerpaket</i> % Ja
Schweiz	50.3	32.1	31.4	34.1
Zürich	52	38.9	36.6	38.9
Bern	49	30.7	34.1	27.3
Luzern	54	37	29.7	38.9
Uri	49.5	27.6	24.3	25.5
Schwyz	53.4	37.7	24.4	42.2
Obwalden	51.5	36.1	22.7	33.8
Nidwalden	52.8	40.1	21.7	43.1
Glarus	42.5	35.4	28.8	33.5
Zug	55.6	39.6	28.9	43
Freiburg	51.2	22.8	23.9	24.7
Solothurn	51.5	29.4	26.3	31.8
Basel-Stadt	56.3	26.1	39.3	24.4
Basel-Landschaft	52.1	28.6	33.1	29.9
Schaffhausen	66.4	34	29.7	38.3
Appenzell AR	56.9	41.1	30.1	45.4
Appenzell IR	42.1	45.9	24.3	48.2
St. Gallen	47	40.3	31.6	44.8
Graubünden	44.2	32.1	27.8	28.4
Aargau	46.9	35.1	28.1	39.7
Thurgau	45.6	39	28.1	45.9
Tessin	48	24.9	27	33.8
Waadt	52.7	29.4	37.1	34.8
Wallis	44.1	17.6	20	18.3
Neuenburg	57.5	21	30.4	28.5
Genf	56.8	26.2	32	31.8
Jura	55.6	13.6	18.9	18.2

Quelle: <http://www.admin.ch> (vorläufige Ergebnisse)

1. Einführung

Am 16. Mai 2004 wurden dem Schweizer Volk drei Vorlagen zur Abstimmung vorgelegt. Es hatte erstens über die 11. Revision der Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV) und damit unter anderem über die Erhöhung des Rentenalters für Frauen, die Anpassung der Witwen- und Waisenrenten sowie über den Teuerungsausgleich der Renten alle drei Jahre zu befinden. Die zweite Vorlage betraf die Anhebung der Mehrwertsteuer (MwST) um 0.8 Prozent zu Gunsten der Invalidenversicherung (IV) und um 1.0 Prozent zu Gunsten der AHV. Drittens ging es um ein Paket steuerlicher Massnahmen hauptsächlich im Bereich der Ehe- und Familienbesteuerung, der Wohneigentumsbesteuerung und der Stempelabgaben. Alle drei Vorlagen wurden von den Schweizer StimmbürgerInnen klar verworfen. Die 11. AHV-Revision wurde mit 67.9% der Stimmen, die Anhebung der Mehrwertsteuer mit 68.6% und das Steuerpaket mit 65.9% der Stimmen abgelehnt. Die Stimmbeteiligung war höher als das Mittel (44%): Am 16. Mai 2004 gingen 50.3% der Stimmberechtigten zur Urne.

Die nachstehenden Ergebnisse bieten verschiedene Erklärungsansätze für dieses dreifache Nein. Sie beruhen auf einer gesamtschweizerisch durchgeführten repräsentativen Befragung, die in den beiden Wochen unmittelbar nach der Abstimmung durchgeführt wurde. Die Stichprobe umfasst 1002 stimmberechtigte Personen. Die Daten wurden anhand von standardisierten Telefoninterviews erhoben.

1.1 Grad der Betroffenheit

Tabelle 1.1: Bedeutung der Vorlagen für das Land und die befragte Person
(Durchschnitt pro Vorlage)

Bedeutung	1993–2001		11. AHV-Revision		MwST-Anhebung		Steuerpaket	
	Durchschnitt	Durchschnitt	N	Durchschnitt	N	Durchschnitt	N	
Persönlich	5.1	6.1	944	6	944	6.5	921	
Für das Land	6.8	7.3	896	6.8	912	7.1	887	

Aus Tabelle 1.1 geht hervor, dass die befragten Stimmenden den drei am 16. Mai 2004 zur Abstimmung stehenden Vorlagen eine relativ grosse Bedeutung beimessen. Die durchschnittlich angegebene Bedeutung lag sowohl für das Land als auch für sie persönlich über dem Durchschnitt der Jahre 1993–2001. Alle drei Vorlagen vermochten die StimmbürgerInnen offenbar zu mobilisieren, wobei keine die Rolle einer «Lokomotive» übernahm.

Welche persönliche Bedeutung den Vorlagen vom 16. Mai 2004 beigemessen wurde, hing zumindest teilweise von den soziodemographischen Merkmalen der Stimmenden ab (Resultate hier nicht wiedergegeben). Der Anteil der Stimmenden, welche die 11. AHV-Revision für eher wichtig hielten, nahm mit zunehmendem Alter der Befragten zu, wobei diese Kurve bei den über 60-jährigen leicht anstieg. Auch unter den Romands war der

Anteil der Befragten leicht höher, welche die 11. Revision für eher wichtig hielten. Beim Steuerpaket stieg die angegebene Bedeutung mit zunehmendem Haushaltseinkommen. Betrachtet man die Variable «Zivilstand», so bezeichneten die Ehepaare das Steuerpaket als eher wichtig. Das trifft auch auf die Haus- oder WohnungseigentümerInnen zu, wenn man die Variable der Wohnverhältnisse berücksichtigt.¹ Schliesslich sei darauf hingewiesen, dass der Anteil Nein-Stimmen zunahm, je mehr Bedeutung die Stimmenden der 11. AHV-Revision beimassen, während es beim Steuerpaket umgekehrt war: Je grösser die Bedeutung, desto eher wurde es angenommen (Resultate hier nicht wiedergegeben; $V=.16^{***}$).

1.2 Politische Kompetenz

Tabelle 1.2: Kompetenz zu den drei Vorlagen (Prozentsatz, nur Stimmende, $n=655$)²

	Durchschnitt 1981–1995	11. AHV-Revision	MwST-Anhebung	Steuerpaket
Gross	19	21	22	26
Mittel	41	37	29	35
Gering	40	41	48	39
Total		100%	100%	100%
N		655	655	655

Die Verteilung der Kompetenzabstufungen auf die drei Vorlagen geht aus *Tabelle 1.2* hervor. Die Kompetenzabstufungen bei der 11. AHV-Revision und beim Steuerpaket stimmen in etwa mit den Durchschnittswerten der Jahre 1981 – 1995 überein, obwohl beide Vorlagen von den Stimmenden als eher wichtig eingestuft worden waren und die Abstimmungskampagne lebhaft war. Beim Steuerpaket war der Anteil der sehr kompetenten Stimmenden grösser. Bei der MwSt-Anhebung hingegen war der Anteil der Stimmenden mit einer geringen Kompetenz höher als das Mittel im Vergleichszeitraum. Offenbar hatten die befragten Stimmenden mehr Mühe als bei den beiden anderen Fragen, den Abstimmungsgegenstand der MwSt-Vorlage spontan zu nennen. 35% der Stimmenden erinnerten sich nicht mehr daran, während es bei der 11. AHV-Revision nur 14% und beim Steuerpaket 17% waren (das Vermögen, den Stimmentscheid zu begründen, war bei allen drei Vorlagen ähnlich).

1.3 Die Meinungsbildung

Die drei Abstimmungsvorlagen waren recht komplex. So hatten die Befragten denn auch relativ grosse Schwierigkeiten, sich eine Meinung zu bilden. Während im Durchschnitt (1981–1999) nur 32% Mühe haben, sich eine Meinung zu bilden, waren es im Zusam-

¹ Auf alle getesteten Variablen berechnet beträgt der Korrelationskoeffizient (Cramer's V) .01 bis .16.

² Zum Zweck dieser Analyse sind wir von einer Kompetenzskala ausgegangen, die sich aus dem Kenntnisstand zu den Vorlagen (Titel und Inhalt) und dem Vermögen der StimmbürgerInnen, ihren Stimmentscheid zu begründen, zusammensetzt. Nach den Motiven für den Stimmentscheid wurden nur jene Stimmberechtigte gefragt, die tatsächlich an die Urne gegangen waren. Also wurde die Kompetenz nur bei den Stimmenden ermittelt (655 Personen).

menhang mit der 11. AHV-Revision 41% und mit dem Steuerpaket sogar 52%. Bei den Stimmenden mit einem hohen Kompetenzniveau bereitete das Steuerpaket 57% und die 11. AHV-Revision nur 31% Kopfzerbrechen (Resultate hier nicht wiedergegeben). Am wenigsten Mühe hatten die Befragten mit der MwSt-Anhebung, obwohl ausgerechnet bei dieser Vorlage das Kompetenzniveau am tiefsten war. Möglicherweise lag das am Abstimmungsgegenstand. Wohl ging es um eine technische Frage, doch könnte die MwSt-Anhebung grundsätzliche Widerstände gegen eine Steuererhöhung ausgelöst haben, wie wir später bei der Analyse der spontan von den Nein Stimmenden geäusserten Gründe noch sehen werden (*Kapitel 3.3*). Dagegen liegt der Anteil Unentschiedene bei allen drei Vorlagen unter dem Durchschnitt der Jahre 1981–1999. Das könnte auf die relativ grosse Bedeutung zurückzuführen sein, welche die Stimmenden den Vorlagen beimessen. Zwar hatten sie mehr Mühe als sonst, sich eine Meinung zu bilden, doch fanden sie mehrheitlich doch noch zu einer Entscheidung.

Tabelle 1.3: Schwierigkeit, sich eine Meinung zu bilden (in Prozent)

	Durchschnitt 1981–1999	11. AHV-Revision	MwST-Anhebung	Steuerpaket
Eher leicht	52	47	54	37
Weiss nicht	16	12	11	11
Eher schwierig	32	41	35	52
Total	100%	100%	100%	100%
N		975	976	976

Tabelle 1.4: Zeitpunkt der Entscheidung (in Prozent)

Entscheidzeitpunkt	Durchschnitt 1988–1999	11. AHV-Revision	MwST-Anhebung	Steuerpaket
Beginn der Kampagne	40	32	30	28
6 bis 2 Wochen vor der Abstimmung	40	43	44	45
1 Woche bis 1 Tag vor der Abstimmung	20	25	26	27
Total	100%	100%	100%	100%
N		645	641	637

Diese Ergebnisse werden durch die Analyse des Entscheidzeitpunkts bestätigt (*Tabelle 1.4*). Bei allen drei Vorlagen haben sich die Stimmenden relativ spät entschieden. Je rund 45% fassten ihre Meinung 6 bis 2 Wochen vor der Abstimmung und rund 25% während der letzten Woche vor der Abstimmung. Also hat die Mehrheit zugewartet, bis die Kampagne in vollem Gang war. Sogar die sehr kompetenten StimmbürgerInnen warteten mehrheitlich den Höhepunkt der Kampagne ab (Resultate nicht wiedergegeben).

2. Änderung vom 3. Oktober 2003 des Bundesgesetzes über die Alters- und Hinterlassenenversicherung (11. AHV-Revision)

2.1 Die Ausgangslage

Die 11. AHV-Revision, die erste Abstimmungsvorlage vom 16. Mai 2004, beinhaltete drei Hauptmassnahmen: erstens die Angleichung des Rentenalters der Frauen an das der Männer, zweitens eine Anpassung der Witwen- und Waisenrenten und drittens einen Teuerungsausgleich der Renten alle drei statt wie bisher alle zwei Jahre. Der Nationalrat nahm die 11. AHV-Revision mit 109 zu 73 Stimmen und der Ständerat mit 34 zu 9 Stimmen an. Die SP, der Schweizerische Gewerkschaftsbund, Travail.Suisse und der Schweizerische Kaufmännische Verband (SKV) ergriffen dagegen das Referendum.

Die 11. AHV-Revision wurde unter anderem von der Schweizerischen Volkspartei (SVP), der Freisinnig-Demokratischen Partei (FDP), der Liberalen Partei der Schweiz und der Christlichdemokratischen Volkspartei (CVP) – drei kantonale Sektionen ausgenommen – sowie von Economiesuisse, vom Schweizerischen Arbeitgeberverband und dem Schweizerischen Gewerbeverband (SGV) befürwortet. Die Sozialdemokratische Partei (SP), die Grünen und die Linksaussen-Parteien sowie sämtliche Gewerkschaften lehnten die 11. Revision ab. Das Volk erteilte der 11. AHV-Revision mit 68% der Stimmen eine klare Absage.

2.2 Das Profil der Stimmenden

Tabelle 2.1 veranschaulicht das soziodemographische Profil der BefürworterInnen der 11. AHV-Revision. Insgesamt waren diese Variablen allerdings nicht sehr aussagekräftig, da die 11. AHV-Revision von keiner einzigen Stimmbürgerkategorie angenommen wurde. Je nach analysierten Variablen ergeben sich aber unterschiedlich hohe Ja-Stimmen-Anteile.

Die demographischen Variablen wirkten sich kaum auf den Stimmentscheid aus. Der Anteil Ja-Stimmen variierte jedoch je nach Geschlecht. Bei den Männern war der Anteil Ja-Stimmen für die 11. AHV-Revision grösser als bei den Frauen. Interessanterweise war das bei der 10. AHV-Revision nicht der Fall. Wohl beinhaltete auch diese Revision eine Erhöhung des Rentenalters der Frauen (auf 64 Jahre), doch wurde im «Gegenzug» der Erziehungsbonus eingeführt. In der Feinanalyse haben wir den Einfluss des Geschlechts auf den Stimmentscheid anhand verschiedener soziodemographischer Variablen kontrolliert (Resultate hier nicht wiedergegeben). Das Geschlecht hatte immer einen gewissen Einfluss sowohl im Verhältnis zum Alter, zum Landesteil, zur Ausbildung als auch zum Haushaltseinkommen – bei den Frauen blieb der Anteil Ja-Stimmen tiefer. Mit steigendem Alter ergibt sich eine besonders interessante Wirkung übers Kreuz: Der Unterschied zwischen Männern und Frauen nahm linear zu (ausser bei den über 70-Jährigen), wobei die 50- bis 59-jährigen Männer die 11. AHV-Revision sogar knapp angenommen haben, während die Frauen dieser Altersgruppe sie zu 80% ablehnten. Analysiert man jedoch den Altersfaktor isoliert, ergibt sich kein erheblicher Einfluss auf den Anteil der Ja-Stimmen zur 11. Revision.

Von den soziokulturellen Variablen beeinflusste einzig der gesellschaftliche Status den Stimmenscheid leicht. Die geringe Anzahl Fälle pro Kategorie erschwerte allerdings die Interpretation (n). Trotzdem lässt sich sagen, dass die Arbeiterschaft und das mittlere Kader der 11. AHV-Revision tendenziell noch weniger zugestimmt haben als die anderen Kategorien.³ Der Landesteil und der Wohnort hingegen wirkten sich nicht erheblich auf den Stimmenscheid aus, obwohl bei den WelschschweizerInnen der Anteil Nein-Stimmen höher war als bei den DeutschschweizerInnen. Die Ausbildung und das Einkommen waren beim Stimmenscheid ebenfalls nicht erheblich (Resultate hier nicht wiedergegeben).

Tabelle 2.1: 11. AHV-Revision – Verhalten im Verhältnis zu soziodemographischen Merkmalen

<i>Merkmale/Kategorien</i>	<i>% Ja</i>	<i>(n)</i>	<i>Korrelationskoeffizient</i>
Total VOX (gewichtet)	32	623	
<i>Geschlecht</i>			V=.13**
Männer	38	323	
Frauen	25	300	
<i>Alter</i>			n.s.
18 bis 29 Jahre	41	63	
30 bis 39 Jahre	27	142	
40 bis 49 Jahre	29	119	
50 bis 59 Jahre	26	104	
60 bis 69 Jahre	39	98	
70 Jahre und mehr	35	96	
<i>Wohnort</i>			n.s.
Grosse Stadt	27	83	
Kleine bis mittelgrosse Stadt	31	277	
Land	35	263	
<i>Landesteil</i>			n.s.
Deutsche Schweiz	35	434	
Westschweiz	25	161	
Italienischsprachige Schweiz	(27)	(30)	
<i>Gesellschaftlicher Status</i>			V=.17*
LandwirtIn	(43)	(14)	
AkademikerInnen / freie Berufe	(40)	(15)	
Selbständig Erwerbstätige	40	65	
Oberers Kader	(46)	(37)	
Mittleres Kader	31	221	
Gelernte ArbeiterInnen	24	160	
Ungelernte ArbeiterInnen	(15)	(40)	

*p<0.05, **p<.01, n.s.: nicht signifikant.

³ Wegen der zu geringen Anzahl Fälle wurde die Kategorie «Lehrkräfte» ausnahmsweise in der Gesamtanalyse VOX 83 (n=2) nicht berücksichtigt.

Aus *Tabelle 2.2* wird das politische Profil der BefürworterInnen der 11. AHV-Revision ersichtlich. Im Gegensatz zu den soziodemographischen Faktoren fielen die politischen Faktoren bei dieser Abstimmung stark ins Gewicht.

Drei Variablen waren viel aufschlussreicher: erstens die Identifikation mit einer Partei, die sich relativ stark auf den Stimmentscheid auswirkte. Die SP-AnhängerInnen lehnten

Tabelle 2.2: 11. AHV-Revision – Verhalten im Verhältnis zu den politischen Merkmalen

<i>Merkmale/Kategorien</i>	<i>% Ja</i>	<i>(n)</i>	<i>Korrelationskoeffizient</i>
Total VOX (gewichtet)	32	623	
<i>Parteiverbundenheit^a</i>			<i>V=.36***</i>
Sozialdemokratische Partei	17	144	
Christlichdemokratische Volkspartei	(46)	(39)	
Freisinnig-Demokratische Partei/Liberale Partei	56	84	
Schweizerische Volkspartei	41	83	
Andere Parteien	(13)	(31)	
Keine Partei	28	194	
<i>Einstufung auf der Links-Rechts-Achse^a</i>			<i>V=.29***</i>
Links aussen	15	59	
Links	16	134	
Mitte	39	186	
Rechts	42	99	
Rechts aussen	52	82	
Keine Einstufung	18	55	
<i>Regierungsvertrauen</i>			<i>V=.29***</i>
Vertrauen der Regierung	52	189	
Weiss nicht	27	102	
Misstrauen der Regierung	22	327	
<i>Gewerkschaft</i>			<i>V=.12*</i>
Mitglied	25	76	
Beitritt denkbar	20	94	
Beitritt undenkbar	35	447	
<i>Gleichstellung von Mann und Frau</i>			<i>V=.15**</i>
Gleichstellung aktiv fördern	23	233	
Gemischt	34	90	
Keine Vorzugsbehandlung	38	292	

*p<0.05, **p<.01, ***p<.001, n.s.: nicht signifikant.
^a Die Kategorien «keine Partei» und «keine Einstufung» wurden bei der Schätzung des Korrelationskoeffizienten nicht berücksichtigt.

nämlich die 11. Revision massiv ab. Auch die FDP konnte 56% ihrer AnhängerInnen von ihrer Ja-Parole überzeugen. Hingegen nahmen nur 41% der Stimmenden, die der SVP nahe stehen, die 11. Revision an. Auch der CVP ist es offenbar nicht gelungen, das Stimmverhalten ihrer Anhängerschaft nachhaltig zu beeinflussen, obwohl immerhin 46% ein Ja in die Urne legten. Dies ist jedoch wegen der ungenügenden Anzahl Fälle als Trendangabe (n) zu betrachten. Zweitens traten bei der Einstufung der befragten Personen auf einer Links-Rechts-Achse weitgehend dieselben Unterschiede zutage. Je weiter rechts sich die Stimmenden auf der Achse ansiedelten, desto höher war der Anteil Ja-Stimmen. Unter den Stimmenden, die sich rechts aussen einstuften, nahm sogar eine Mehrheit die 11. Revision an. Jene, die sich links auf der Achse einstuften, lehnten die 11. Revision massiv ab. Das deutet auf eine Links-Rechts-Polarisierung hin. So war denn auch der Anteil Nein-Stimmen bei den Stimmenden, die sich auf der Achse links oder links aussen einstuften oder der SP nahe standen, quer durch alle soziodemographischen und politischen Kategorien am höchsten (ungelernte ArbeiterInnen eingeschlossen).

Drittens steigt der Anteil Ja-Stimmen zur 11. Revision linear zum Regierungsvertrauen der Stimmenden. In der Gruppe, die der Regierung vertraut, wurde die 11. Revision knapp angenommen, während Stimmende, die unentschieden sind oder der Regierung misstrauen, sie recht deutlich abgelehnt haben. In der Gruppe der Misstrauischen war die Ablehnung ausgeprägter als bei den Unentschiedenen. Auf Verbands- und Gewerkschaftsseite war der Anteil Ja-Stimmen bei den Gewerkschaftsmitgliedern und jenen, die sich vorstellen könnten, einer Gewerkschaft beizutreten, tendenziell geringer als bei den Befragten, für die ein Beitritt «undenkbar» ist. Unter den Mitgliedern und AnhängerInnen des Schweizerischen Gewerbeverbands und des Schweizerischen Arbeitgeberverbands war der Anteil Nein-Stimmen eindeutig geringer (Resultate hier nicht wiedergegeben). Was die Wertvorstellungen betrifft, haben Personen, denen die Förderung der Gleichstellung von Mann und Frau wichtig ist, die 11. Revision häufiger verworfen als jene, die auf die entsprechende Interviewfrage keine «Vorzugsbehandlung weder für Männer noch für Frauen» wünschten.

2.3 Die Stimmotive

Die *Tabellen 2.3* und *2.4* veranschaulichen die Stimmotive, welche von den Befragten spontan zur Begründung ihres Entscheids genannt wurden. Betrachtet man die angeführten Gründe der BefürworterInnen der 11. AHV-Revision (*Tabelle 2.3*), stellt man fest, dass das Hauptargument des Bundesrates gut ankam und bei den Stimmenden, die ein Ja in die Urne legten, dominierte. 63% der Gründe beziehen sich auf die Sicherung des Systems im Hinblick auf die demographische Entwicklung in der Schweiz. Genannt wurden ferner folgende drei Gründe: Die 11. AHV-Revision ermöglicht die Gleichbehandlung von Mann und Frau beim Rentenalter (37%), der Sozialstaat ist aufgeblasen (20%) und Solidarität zwischen den Generationen ist erforderlich (14%). 24% der angeführten Gründe beziehen sich auf Empfehlungen Dritter (Familie und Bekannte, Parteien, Bundesrat und Parlament).

Tabelle 2.3: 11. AHV-Revision – Gründe für das Ja in Prozent der Stimmenden

Gründe für die 11. AHV-Revision	
1. Sicherung des AHV-Systems (demographische Entwicklung)	63
2. Gleichstellung von Mann und Frau	37
3. Andere Gründe (Empfehlungen)	24
4. Der Sozialstaat ist aufgeblasen	20
5. Solidarität (zwischen den Generationen)	14
6. Allgemeine Aussagen (notwendig, positiv)	7
7. Konfuse oder widersprüchliche Gründe im Verhältnis zur abgegebenen Stimme	1
Total*	164% (n=191)
* Total wegen Mehrfachantworten grösser als 100%.	

Im vorliegenden Abschnitt wollen wir die Motive untersuchen, welche die GegnerInnen der 11. AHV-Revision angeführt haben (Tabelle 2.4). Im Gegensatz zu den BefürworterInnen äusserten die GegnerInnen der 11. Revision zahlreiche allgemeine Gründe (51%): Sie hielten die 11. Revision für unbegründet oder für zu kompliziert. Trotzdem wurden auch Motive genannt, die sich spezifisch auf den Gegenstand der 11. Revision bezogen. Drei Gründe betrafen den Schutz des Sozialstaates: In 35% der Fälle wurde die 11. Revision mit Sozialabbau gleichgesetzt und in 37% der Fälle ging es um die Ablehnung einer längeren Arbeitszeit. Es gibt auch GegnerInnen, die gegen die Erhöhung des Rentenalters für Frauen sind, wobei ihr Anteil weniger hoch ausfiel als erwartet (30% der Gründe). Einige GegnerInnen waren schliesslich der Auffassung, dass das AHV-System bereits abgesichert ist und dass die Sicherung durch andere Mittel zu erfolgen hat. Eine kleine Minderheit sah in der 11. Revision eine Mogelpackung.

Tabelle 2.4: 11. AHV-Revision – Gründe für das Nein in Prozent der Stimmenden

Gründe gegen die 11. AHV-Revision	
1. Allgemeines (unbegründet, zu kompliziert)	51
2. Beitragsdauer nicht erhöhen	37
3. Gegen Sozialabbau, Arbeitslosigkeit bei den Jüngeren	35
4. Gegen Erhöhung des Frauenrentenalters	30
5. Keine Änderungen am AHV-System (genug abgesichert oder andere Sicherung)	25
6. 11. AHV-Revision = Mogelpackung	12
7. Andere Gründe (Empfehlungen)	7
8. Gegen Senkung der Witwenrenten	7
9. Konfuse oder widersprüchliche Gründe im Verhältnis zur abgegebenen Stimme	1
Total*	203% (n=405)
* Total wegen Mehrfachantworten grösser als 100%.	

2.4 Die Akzeptanz der Argumente

Indem den Stimmenden die wichtigsten, während der Kampagne geäusserten Pro- und Kontra-Argumente vorgelegt werden, kann einerseits deren Akzeptanz bei den Stimmenden ermittelt und andererseits kontrolliert werden, ob der Stimmentscheid und die Begründung übereinstimmen.

Tabelle 2.5: 11. AHV-Revision – Akzeptanz der «Pro-Argumente» in Prozent der Stimmenden

«Pro-Argumente»		Einver- standen	Nicht einverstanden	k.A.
Flexibilisierung des Rentenalters dank 11. AHV-Revision	Total	50	40	10
	Ja	71	21	8
	Nein	40	49	11
Ausgabensenkungen notwendig, um künftige Finanzierbarkeit der AHV zu gewährleisten	Total	53	39	8
	Ja	69	24	7
	Nein	46	45	8
11. AHV-Revision ermöglicht Gleichbehandlung von Mann und Frau	Total	61	31	8
	Ja	86	8	7
	Nein	50	42	9

Zuerst kommen wir zu den Argumenten für eine Annahme der 11. AHV-Revision (Tabelle 2.5). Die drei vorgelegten Argumente fanden bei den Stimmenden mehrheitlich Zustimmung. Während man ihnen auf Befürworterseite überwiegend Folge leistete, war vor allem die Gegnerschaft gespalten. Die grösste Zustimmung fand das Argument, wonach die 11. AHV-Revision die Gleichbehandlung von Mann und Frau ermögliche, bei BefürworterInnen und GegnerInnen der 11. Revision, wobei die Akzeptanz bei den Befragten, welche die 11. Revision angenommen haben, höher war. Eines der Schlüsselargumente des Bundesrates, Ausgabensenkungen seien erforderlich, um die künftige Finanzierbarkeit der AHV zu gewährleisten, wurde nicht nur von 69% der BefürworterInnen, sondern auch von 46% der GegnerInnen gutgeheissen. Dies gilt in etwas geringerem Ausmass auch für das letzte der vorgelegten Argumente, die 11. AHV-Revision flexibilisiere das Rentenalter.

Betrachtet man die Argumente für die Ablehnung der 11. AHV-Revision (Tabelle 2.6), stellt man fest, dass sie stärker polarisierten. Am stärksten schieden sich die Geister am ersten Argument, man dürfe das Rentenalter der Frauen nicht weiter erhöhen. Das war das Hauptargument der Frauenverbände und der linken Parteien. Das steht im Gegensatz zum relativ geringen Prozentsatz Motive, die von den Befragten spontan im Zusammenhang mit dem Rentenalter der Frauen geäussert wurden (siehe Kapitel 2.3). Das zweite Argument, die 11. AHV-Revision bedeute Sozialabbau, führte ebenfalls zu einer gewissen Polarisierung. Für die linken Parteien war es ein wichtiges Argument, das von

der Gegnerschaft gut aufgenommen wurde. Das letzte Argument, man dürfe die Witwenrenten nicht verändern, spaltete das Lager der BefürworterInnen, denn 42% der BefürworterInnen der 11. Revision können sich diesem Argument anschliessen.

Tabelle 2.6: 11. AHV-Revision – Akzeptanz der «Kontra-Argumente» in Prozent der Stimmenden

«Kontra-Argumente»		Einver- standen	Nicht ein- verstanden	k.A.
Rentenalter der Frauen darf nicht weiter erhöht werden	Total	61	37	2
	Ja	32	66	3
	Nein	75	24	1
11. AHV-Revision bedeutet Sozialabbau	Total	56	33	10
	Ja	32	55	14
	Nein	68	23	9
Keine Veränderungen bei der Witwenrente	Total	57	30	13
	Ja	42	44	14
	Non	65	23	12

3. Bundesbeschluss vom 3. Oktober 2003 über die Finanzierung der AHV/IV durch Anhebung der Mehrwertsteuersätze

3.1 Die Ausgangslage

Der Bundesbeschluss über die Finanzierung der AHV/IV durch Anhebung der Mehrwertsteuersätze (nachstehend MwSt-Anhebung) war die zweite Abstimmungsvorlage vom 16. Mai 2004. Danach sollte die Mehrwertsteuer um 0.8 Prozent zu Gunsten der IV und um 1.0 Prozent zu Gunsten der AHV angehoben werden. Im Nationalrat wurde die Anhebung der Mehrwertsteuer mit 130 zu 43 Stimmen (und 7 Enthaltungen) und im Ständerat mit 35 zu 3 Stimmen gutgeheissen.

Die SP, die Grünen sowie die CVP – 4 kantonale Sektionen ausgenommen – sowie die meisten Gewerkschaften traten für die MwSt-Anhebung ein, während FDP und SVP sowie die VertreterInnen von Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbänden die Nein-Parole herausgaben. Das Volk lehnte die MwSt-Anhebung mit 68.6% der Stimmen massiv ab.

3.2 Das Profil der Stimmenden

Tabelle 3.1 veranschaulicht das soziodemographische Profil der Stimmenden, welche die MwST-Anhebung bejahten. Die soziodemographischen Faktoren hatten keinen erheblichen Einfluss auf den Stimmentscheid. Sämtliche Stimmenden quer durch alle Kategorien lehnten die MwST-Anhebung ab – und zwar überwiegend in ähnlichen Ausmassen.

Das Stimmverhalten lässt sich nicht anhand der soziodemographischen Faktoren erklären. Auch die soziokulturellen Faktoren geben keinen Aufschluss. Denn der Wohnort, der gesellschaftliche Status, der Landesteil (*Tabelle 3.1*) oder die Ausbildung wirkten sich nicht signifikant auf den Stimmentscheid aus. Das Einkommen scheint ebenso wenig ausschlaggebend gewesen zu sein.

Tabelle 3.1: MwST-Anhebung – Verhalten im Verhältnis zu soziodemographischen Merkmalen

<i>Merkmale/Kategorien</i>	<i>% Ja</i>	<i>(n)</i>	<i>Korrelationskoeffizient</i>
Total VOX (gewichtet)	31	624	
<i>Geschlecht</i>			n.s.
Männer	32	315	
Frauen	30	310	
<i>Alter</i>			n.s.
18 bis 29 Jahre	31	59	
30 bis 39 Jahre	31	142	
40 bis 49 Jahre	33	123	
50 bis 59 Jahre	28	108	
60 bis 69 Jahre	29	93	
Über 70 Jahre	36	98	
<i>Landesteil</i>			n.s.
Deutsche Schweiz	32	436	
Westschweiz	30	159	
Italienischsprachige Schweiz	(24)	(29)	
n.s.: nicht signifikant.			

Betrachtet man das politische Profil der BefürworterInnen der MwST-Anhebung (*Tabelle 3.2*), erweisen sich die so genannt politischen Faktoren als bedeutend aufschlussreicher.

Den grössten Einfluss auf den Stimmentscheid hatte die Identifikation mit einer Partei. 51% der Stimmenden, die sich mit der SP identifizieren, nahmen die MwST-Anhebung an, während sich die FDP- und in noch stärkerem Mass die SVP-Gefolgschaft an die jeweiligen Parteiparolen hielt und die Vorlage klar ablehnte. In der Gruppe, die der CVP nahe stand, haben nur 43% der MwST-Anhebung zugestimmt, was allerdings als Trend

auszulegen ist, da die Anzahl Fälle (n) zu niedrig war. Diese Analyse wird leicht abgeschwächt durch die lineare Wirkung der Variable «Einstufung auf der Links-Rechts-Achse» bestätigt. Je weiter rechts sich die Stimmenden auf der Achse ansiedelten, desto eher haben sie die MwSt-Anhebung massiv abgelehnt. Einzig jene, die sich links aussen auf der Achse einstuften oder der SP nahe stehen, nahmen die MwSt-Anhebung in sämtlichen Kategorien an.

Tabelle 3.2: MwSt-Anhebung – Verhalten im Verhältnis zu politischen Merkmalen

<i>Merkmale/Kategorien</i>	<i>% Ja</i>	<i>(n)</i>	<i>Korrelationskoeffizient</i>
Total VOX (gewichtet)	31	624	
<i>Parteiverbundenheit^a</i>			V=.33***
Sozialdemokratische Partei	51	152	
Christlichdemokratische Volkspartei	(43)	(35)	
Freisinnig-Demokratische Partei/Liberale Partei	25	76	
Schweizerische Volkspartei	12	82	
Andere Parteien	(48)	(31)	
Keine Partei	21	199	
<i>Einstufung auf Links-Rechts-Achse^a</i>			
Links aussen	50	62	V=.25***
Links	44	141	
Mitte	32	182	
Rechts	20	98	
Rechts aussen	14	77	
Keine Einstufung	16	58	
<i>Regierungsvertrauen</i>			V=.18***
Vertrauen der Regierung	43	179	
Unentschiedene	34	100	
Misstrauen der Regierung	24	339	
<i>Kenntnis der Vorlage</i>			V=.18***
Schwach	12	51	
Mittel	25	210	
Gross	37	363	

***p<.001.
^a Die Kategorien «keine Partei» und «keine Einstufung» wurden zur Schätzung des Korrelationskoeffizienten nicht berücksichtigt.

Betrachtet man das Vertrauen in die Regierung, ergibt sich ein ambivalenteres Bild. Wohl stiess die MwSt-Anhebung bei den Stimmenden, die Vertrauen in die Regierung haben, auf geringeren Widerstand als bei jenen, die ihr misstrauen. Trotzdem haben sie sie nicht angenommen. Ausserdem war festzustellen, dass die Anzahl der Nein-Stimmen mit steigendem Kenntnisstand zur Vorlage abnahm, wobei auch da keine Mehrheit für die MwSt-Anhebung zustande kam. Bei den Mitgliedern und AnhängerInnen des Schweizerischen Gewerbeverbands und des Schweizerischen Arbeitgeberverbands wurde die MwSt-Anhebung noch etwas deutlicher verworfen (Resultate hier nicht wiedergegeben).

Der Stimmenscheid wird jedoch durch die Mitgliedschaft bei einer Gewerkschaft nicht erheblich beeinflusst.

3.3 Die Stimmotive

In den *Tabellen 3.3* und *3.4* sind die Motive dargestellt, welche die Befragten spontan zur Begründung ihres Stimmenscheids anführten. Wir gehen zuerst auf die von den BefürworterInnen der MwST-Anhebung genannten Gründe ein (*Tabelle 3.3*). Bei den meisten befürwortenden Motiven geht es um die Sicherung der Bundesfinanzen im Allgemeinen oder der AHV und IV im Speziellen. Das war das Hauptargument des Bundesrates, dem die BefürworterInnen der MwST-Anhebung stark Folge leisteten. Dies muss allerdings leicht nuanciert werden. Dem IV-System wäre die geplante MwST-Anhebung zuerst zugute gekommen, bei der AHV wäre dies erst mittelfristig der Fall gewesen. Trotzdem nannten die BefürworterInnen die Finanzlage des Bundes und der AHV etwas häufiger als das Defizit der IV. Es gab aber auch BefürworterInnen der MwST-Anhebung, welche die Solidarität zwischen den Generationen anführten.

Tabelle 3.3: MwST-Anhebung – Gründe für das Ja in Prozent der Stimmenden

Gründe für die MwST-Anhebung	
1. Es müssen Mittel für die Bundesfinanzen gefunden werden	35
2. Finanzierung der AHV gewährleisten	30
3. Finanzierung der IV gewährleisten	25
4. Finanzierung der AHV und IV gewährleisten	24
5. Solidarität (zwischen den Generationen, für den Sozialstaat)	13
6. Allgemeines (notwendig usw.)	13
7. Andere Gründe (Empfehlungen u.ä.)	7
Total*	148% (n=190)
* Total wegen Mehrfachantworten grösser als 100%.	

Tabelle 3.4: MwST-Anhebung – Gründe für das Nein in Prozent der Stimmenden

Gründe für die Ablehnung der MwST-Anhebung	
1. Gegen MwST-Anhebung (ungerechte Steuer, Teuerung usw.)	55
2. Gegen Steuererhöhung	40
3. Die MwST-Anhebung ist (noch) nicht nötig	31
4. Allgemeines (negativ, unklar u.ä.)	13
5. Gegen die Kombination AHV / IV	11
6. Probleme der IV anders lösen	9
7. Andere Gründe (Empfehlungen usw.)	4
Total*	162% (n=405)
* Total wegen Mehrfachantworten grösser als 100%.	

Kommen wir jetzt zu den Gründen, die spontan von den Stimmenden genannt wurden, welche die MwSt-Anhebung abgelehnt haben (Tabelle 3.4). Am häufigsten wurden Motive im Zusammenhang mit der Steuererhöhung genannt: Entweder sind die GegnerInnen ganz allgemein gegen eine Steuererhöhung (40%) oder konkret gegen die MwSt-Anhebung (55%), oder sie erachten die MwSt-Anhebung vorläufig für unnötig (31%) oder sind der Meinung, dass zur Lösung der Probleme der IV eine andere Lösung gefunden werden muss (9%). Die dominierenden Begründungen lassen darauf schliessen, dass das eindeutige MwSt-Nein ein «Portemonnaie»-Entscheid war. Gegen diese Interpretation spricht jedoch, dass auch andere Gründe vorgebracht wurden – wenn auch in einem viel geringeren Masse. Dazu zählt insbesondere die in den Augen der Befragten ungünstige Kombination von AHV und IV, ein Argument, das die FDP geltend gemacht hatte. Die Befragten bedienten sich zur Begründung ihres Stimmenscheids im Grossen und Ganzen der Argumente der politischen GegnerInnen der MwSt-Anhebung. Die SVP und FDP warnten während der Kampagne immer wieder vor den negativen Folgen einer MwSt-Anhebung für die Wirtschaft und monierten, dass die Probleme der IV anders gelöst werden müssen. Die SVP sprach sogar davon, etwas gegen die «Scheininvaliden» zu unternehmen.

3.4 Die Akzeptanz der Argumente

Untersucht man die Akzeptanz der Argumente zu Gunsten der MwSt-Anhebung (Tabelle 3.5), erweist sie sich als sehr hoch. Selbst die GegnerInnen der MwSt-Anhebung schlossen sich ihnen grösstenteils an. Die ersten beiden Argumente, die Finanzlage der IV müsse saniert werden und die Menschen müssen solidarisch sein, um die AHV und IV zu finanzieren, stiessen bei einer Mehrheit der Stimmenden auf breite Zustimmung. Das letzte Argument, die MwSt-Anhebung ermögliche im Bedarfsfall, die AHV mittelfristig zu finanzieren, spaltete eher die Gegnerschaft. Aber immerhin noch 45% der Nein Stimmenden schliessen sich diesem bundesrätlichen Argument an.

Tabelle 3.5: MwSt-Anhebung – Akzeptanz für die «Pro-Argumente» in Prozent der Stimmenden

«Pro-Argumente»		Einverst.	Nicht einverst.	k.A.
Die Finanzen der IV müssen saniert werden	Total	80	11	9
	Ja	86	9	6
	Nein	78	12	10
Die Menschen müssen solidarisch sein, um die IV und AHV zu finanzieren	Total	91	7	3
	Ja	97	2	1
	Nein	88	9	4
Im Bedarfsfall ermöglicht die MwSt-Anhebung die mittelfristige Finanzierung der AHV	Total	55	33	12
	Ja	78	13	9
	Nein	45	42	13

Tabelle 3.6: MwST-Anhebung – Akzeptanz der «Kontra-Argumente» in Prozent der Stimmenden

«Kontra-Argumente»		Einverst.	Nicht einverst.	k.A.
Die MwST ist eine ungerechte Steuer, da sie Personen mit geringem und mittlerem Einkommen benachteiligt	Total	58	36	7
	Ja	36	55	9
	Nein	68	27	6
Die MwST-Anhebung beeinträchtigt die Kaufkraft	Total	63	29	8
	Ja	40	52	7
	Nein	74	19	8
Statt die MwST zu erhöhen, müssen die Ausgaben der IV und AHV gesenkt werden	Total	35	55	10
	Ja	16	74	9
	Nein	43	46	11

Die Argumente gegen eine Anhebung der Mehrwertsteuer hatten offenbar eine polarisierendere Wirkung (Tabelle 3.6). Während 68% der GegnerInnen die MwST für eine ungerechte Steuer halten, sind nur 27% der BefürworterInnen ebenfalls dieser Auffassung. Auch beim zweiten Argument, die MwST-Anhebung beeinträchtigt die Kaufkraft, ist eine gewisse Polarisierung festzustellen. Dies war eines der Schwerpunktargumente der SVP, das bei den GegnerInnen der MwST-Anhebung relativ breite Zustimmung fand. Zum letzten Argument, man müsse lieber die Ausgaben der IV und AHV senken als die MwST zu erhöhen, war die Gegenseite der MwST-Anhebung eher gespalten, während die BefürworterInnen grossmehrheitlich dagegen waren.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass sich die Geister nicht so sehr am diagnostizierten Defizit der IV und in geringerem Masse der AHV scheiden als am Rezept, um es zu beheben.

4. Bundesgesetz vom 20. Juni 2003 über die Änderung von Erlassen im Bereich der Ehe- und Familienbesteuerung, der Wohneigentumsbesteuerung und der Stempelabgaben

4.1 Die Ausgangslage

Das Steuerpaket war die dritte Abstimmungsvorlage vom 16. Mai 2004. Es beinhaltete eine Änderung der Besteuerung in drei Bereichen: in der Ehe und Familie (u.a. Teilsplitting für Ehepaare, Erhöhung der Abzüge für Familien), beim Wohneigentum (u.a. Abschaffung der Besteuerung des Eigenmietwerts und der Abzugsmöglichkeit der Hypothekarschuldzinsen) und bei den Stempelabgaben. Die Massnahmen des dritten Bereichs fanden – im Gegensatz zu den beiden ersteren – breite Zustimmung. Die beiden Räte nahmen schliesslich die Vorschläge der Einigungskonferenz an, und am 20. Juni 2003 hiess der Nationalrat das Steuerpaket mit 97 zu 69 Stimmen und der Ständerat mit 30 zu 13 Stimmen bei 2 Enthaltungen an.

11 Kantone ergriffen dagegen das Referendum. Erstmals seit der Einführung des Landesreferendums 1874 machten sie davon Gebrauch. Das Landesreferendum muss von mindestens 8 Kantonen verlangt werden (Art. 141 Abs. 1 BV). Folgende 11 Kantone verlangten das Referendum: Basel-Stadt, Bern, Glarus, Graubünden, Jura, Obwalden, Schaffhausen, St. Gallen, Solothurn, Wallis und Waadt. Darüber hinaus hatten 9 weitere Kantone die StimmbürgerInnen aufgefordert, das Steuerpaket abzulehnen. Gleichzeitig ergriffen auch die Linke und die Grünen das Referendum. Die Linksparteien, die Gewerkschaften und der Schweizerische Mieterverband traten für das Nein ein. Zu der Befürworterseite zählten die FDP und die SVP mit Ausnahme einer kantonalen Sektion sowie die Wirtschafts- und Arbeitgeberverbände und der Schweizerische Hauseigentümerverband. Auch die CVP befürwortete das Steuerpaket, 10 kantonale Sektionen hatten jedoch die Nein-Parole herausgegeben. Das Volk verwarf das Steuerpaket mit 65,9% der Stimmen.

4.2 Das Profil der Stimmenden

Aus *Tabelle 4.1* geht das soziodemographische Profil der Stimmenden hervor, welche das Steuerpaket angenommen haben. In keiner einzigen Kategorie der Stimmenden kam eine Mehrheit für das Ja zustande, wobei der Anteil der Ja-Stimmen je nach untersuchter Variable unterschiedlich ausfiel.

Wie schon bei der 11. AHV-Revision beeinflusste das Geschlecht den Stimmenscheid. Bei den Männern war der Anteil Nein-Stimmen gegen das Steuerpaket tiefer als bei den Frauen. Auch bestimmte soziokulturelle Variablen waren aufschlussreich. Der Wohnort wirkte sich leicht auf den Stimmenscheid aus: Bei den auf dem Land wohnhaften Befragten stiess das Steuerpaket auf eine deutlich geringere Ablehnung als bei den StädterInnen.

Tabelle 4.1: Steuerpaket – Verhalten im Verhältnis zu soziodemographischen Merkmalen

<i>Merkmale/Kategorien</i>	<i>% Ja</i>	<i>(n)</i>	<i>Korrelationskoeffizient</i>
Total VOX (gewichtet)	34	(616)	
<i>Geschlecht</i>			$V=.09^*$
Männer	38	313	
Frauen	29	304	
<i>Wohnort</i>			$V=.1^*$
Grosse Stadt	24	80	
Kleine bis mittelgrosse Stadt	32	270	
Land	38	266	
<i>Gesellschaftlicher Status</i>			$V=.19^*$
Landwirt	(20)	(15)	
AkademikerInnen / freie Berufe	(44)	(16)	
Selbständig Erwerbstätige	49	67	
Oberes Kader	(46)	(37)	
Unteres Kader	30	217	
Gelernte ArbeiterInnen	29	157	
Ungelernte ArbeiterInnen	(18)	40	
<i>Landesteil</i>			n.s.
Deutsche Schweiz	35	432	
Westschweiz	28	159	
Italienischsprachige Schweiz	(31)	(26)	
<i>Monatliches Haushaltseinkommen</i>			$V=.16^{**}$
Unter 3000	20	61	
3000 bis 5000	33	129	
5000 bis 7000	34	140	
7000 bis 9000	38	106	
Über 9000	47	102	
<i>Wohnverhältnisse</i>			$V=.22^{***}$
Wohneigentum	42	344	
Genossenschaft	(10)	(21)	
Miete	24	250	
<i>Zivilstand</i>			$V=.14^*$
Ledig	22	109	
Verheiratet	38	385	
Konkubinät	(30)	(33)	
Verwitwet	(32)	(44)	
Geschieden	(26)	(43)	

* $p<0.05$, ** $p<0.01$, *** $p<0.001$, n.s.: nicht signifikant.

Kaum erstaunlich ist, dass die verheirateten Stimmenden das Steuerpaket weniger massiv verworfen haben als die Ledigen, obwohl auch da keine Mehrheit für ein Ja zustande kam. Ausserdem zeichnete sich ein interessanter Unterschied entlang den gesellschaftlichen Klassen ab. Der Einfluss des Einkommens auf den Stimmentscheid war linear: Je höher das Einkommen der Haushalte, desto mehr Stimmende haben das Steuerpaket angenommen. Als eine der wenigen soziodemographischen Kategorien haben die Stimmenden mit einem Einkommen von über 9'000 CHF das Steuerpaket sogar fast angenommen (47%), während die Ablehnung in der Kategorie der Stimmenden mit einem Einkommen von unter 3'000 CHF am massivsten war. Der gesellschaftliche Status könnte diesen Trend – wenn auch in geringerem Mass – bestätigen. Das obere Kader und die selbständig Erwerbstätigen und sogar die Angehörigen von freien Berufen haben das Steuerpaket mehrheitlich fast angenommen, während der Anteil der Ja-Stimmen bei den ArbeiterInnen, aber auch beim unteren Kader nahezu dem Durchschnitt entspricht. Die Ausbildung ist hingegen statistisch nicht signifikant für den Stimmentscheid (Resultate hier nicht wiedergegeben). Der grösste Einflussfaktor waren die Wohnverhältnisse: Der Unterschied zwischen dem Stimmenanteil der WohneigentümerInnen und der MieterInnen beträgt nahezu 20%, obwohl die EigentümerInnen das Steuerpaket mehrheitlich ebenfalls verworfen haben.

Weder der Landesteil noch das Alter waren statistisch signifikant für den Stimmentscheid (Resultate hier nicht wiedergegeben).

Im Folgenden gehen wir auf das politische Profil der BefürworterInnen des Steuerpakets ein (*Tabelle 4.2*).

Wie bei den beiden anderen Abstimmungsvorlagen vom 16. Mai 2004 war hinsichtlich der Parteiverbundenheit und der Einstufung der Befragten auf der Links-Rechts-Achse eine gewisse Polarisierung zu erkennen. Die Gruppe, die der SVP nahe steht, hiess das Steuerpaket zu 52% gut, die FDP-Anhängerschaft zu 58%, während es die SP-Gefolgschaft massiv ablehnte. Bei der CVP ist das Ergebnis weniger eindeutig: 31% der Befragten, die der CVP nahe stehen, nahmen das Steuerpaket unter Missachtung der Landesparole ihrer Partei an. 10 kantonale Sektionen der CVP hatten die Stimmberechtigten aufgerufen, das Steuerpaket abzulehnen. Der relativ geringe Anteil Ja-Stimmen bei den CVP-AnhängerInnen ist zumindest teilweise auf diese abweichenden Parolen zurückzuführen. Diese polarisierende Tendenz wird durch die Einstufung der Befragten auf einer Links-Rechts-Achse bestätigt, wobei der Graben zwischen Links und Rechts verläuft. Je weiter links die Stimmenden sich auf der Achse einstuften, desto stärker war die Ablehnung des Steuerpakets, während dieses von jenen, die sich rechts ansiedelten, mehrheitlich angenommen wurde. Bei den Befragten, die sich nicht einstuften, entschied sich eine grosse Mehrheit für die Ablehnung des Steuerpakets. Dies stützt die Hypothese eines Trends zum Klassegegensatz beim Steuerpaket – umso mehr, als sich bei der Berücksichtigung der Werte das Profil der VerfechterInnen einer liberalen Marktwirtschaft herauskristallisierte. Unter den Stimmenden, die grosse Einkommensunterschiede in der Gesellschaft gutheissen, wäre ein Ja zum Steuerpaket beinahe zustande gekommen, während jene, die finden, dass es nicht zu grosse Einkommensunterschiede geben darf, das Steuerpaket klar verworfen haben. So haben auch 41% der Befragten, die sich für mehr Wettbewerb in der Wirtschaft aussprechen, das Steuerpaket angenommen, während nur

Tabelle 4.2: Steuerpaket – Verhalten im Verhältnis zu politischen Merkmalen

Merkmale/Kategorien	% Ja	(n)	Korrelationskoeffizient
Total VOX (gewichtet)	34	616	
<i>Parteiverbundenheit^a</i>			V=.38***
Sozialdemokratische Partei	17	141	
Christlichdemokratische Volkspartei	(31)	(36)	
Freisinnig-Demokratische Partei/Liberale Partei	58	85	
Schweizerische Volkspartei	52	89	
Andere Parteien	(17)	(29)	
Keine Partei	32	193	
<i>Einstufung auf der Links-Rechts-Achse^a</i>			V=.38***
Links aussen	9	55	
Links	16	132	
Mitte	33	175	
Rechts	53	107	
Rechts aussen	60	88	
Keine Einstufung	22	54	
<i>Regierungsvertrauen</i>			V=.12*
Vertrauen der Regierung	43	179	
Unentschieden	29	98	
Misstrauen der Regierung	31	333	
<i>Einkommensunterschiede</i>			V=.15**
Grosse Unterschiede	44	75	
Mischwerte	37	338	
Kein Unterschied	24	183	
<i>Gewerkschaft</i>			V=.12**
Mitglied	23	71	
Mitgliedschaft denkbar	25	92	
Mitgliedschaft undenkbar	37	447	
<i>Schweizerischer Mieterverband</i>			V=.2***
Mitglied	(15)	(47)	
Mitgliedschaft denkbar	22	135	
Mitgliedschaft undenkbar	40	427	
<i>Schweizerischer Hauseigentümerverband</i>			V=.2***
Mitglied	51	96	
Mitgliedschaft denkbar	41	126	
Mitgliedschaft undenkbar	27	383	

*p<0.05, **p<.01, ***p<.001, n.s.: nicht signifikant.

^a Die Kategorien «keine Partei» und «keine Einstufung» werden zur Schätzung des Korrelationskoeffizienten nicht berücksichtigt.

20% der Befragten, die sich für eine stärkere staatliche Hand in der Wirtschaft aussprechen, es guthiessen (Mischwerte = 28% Ja; V.17***).

Die Nähe zu einem Verband wirkte sich ebenfalls signifikant auf den Anteil Ja-Stimmen zum Steuerpaket aus. Die Mitglieder und AnhängerInnen des Schweizerischen Mieterverbands und der Gewerkschaften leisteten den Parolen relativ gut Folge und lehnten das Steuerpaket ab, während die Mehrheit der Mitglieder des Schweizerischen Hauseigentümergeverbands und 41% der AnhängerInnen das Steuerpaket annahmen. Bei den Mitgliedern und AnhängerInnen des Schweizerischen Arbeitgeberverbands fiel die Ablehnung ebenfalls signifikant geringer aus (Resultate hier nicht wiedergegeben). Schliesslich hatte noch eine letzte politische Variable einen geringfügigen Einfluss auf den Stimmenscheid: Personen, welche der Regierung vertrauen, stimmen dem Steuerpaket zwar nicht zu, doch war der Anteil Ja-Stimmen in dieser Gruppe grösser als bei den Misstrauischen und den Unentschiedenen. Demgegenüber gab es weder in Bezug auf den Kenntnisstand zur Vorlage noch auf die Werte erhebliche Differenzen zwischen Stimmenden, die mehr Interventionen des Bundes wünschen, und jenen, die sich für eine grössere Autonomie der Kantone ausgesprochen haben (Resultate hier nicht wiedergegeben).

4.3 Die Stimmotive

Die Tabellen 4.3 und 4.4 veranschaulichen die Motive, welche die Befragten spontan zur Begründung ihres Stimmenscheids nannten. Beginnen wir mit den Motiven, welche die BefürworterInnen des Steuerpakets anführten (Tabelle 4.3). Die am häufigsten vorgebrachten Gründe beziehen sich auf die beiden Aspekte, welche die Stimmenden direkt betreffen: 63% der genannten Motive heben die Aspekte im Zusammenhang mit der Förderung des Wohneigentums hervor, und 40% beziehen sich auf die Gleichbehandlung von verheirateten und unverheiratet zusammenlebenden Paaren. Unter den Befragten, die ein Ja in die Urne gelegt hatten, waren gewisse der Auffassung, dass das Steuerpaket die Steuerbelastung senke. Die Stempelabgabe wurde nie genannt. Ein Teil der BefürworterInnen brachte allgemeine Gründe vor (38%), wonach zum Beispiel das Steuerpaket notwendig oder positiv sei, ohne jedoch erklären zu können, weshalb das Steuerpaket notwendig oder positiv sei.

Tabelle 4.3: Steuerpaket – Gründe für das Ja in Prozent der Stimmenden

<i>Gründe für die Annahme des Steuerpakets</i>	
1. Im Zusammenhang mit dem Wohneigentum	63
2. Gleichbehandlung von Ehe- und Konkubinatspaaren	40
3. Allgemeines (notwendig u.ä.)	38
4. Steuersenkung (Wirtschaftsförderung u.ä.)	29
5. Andere Gründe (Empfehlungen usw.)	8
6. Mittelstand unterstützen	5
Total*	181% (n=201)
* Total wegen Mehrfachantworten grösser als 100%.	

Die Untersuchung der von den Steuerpaket-GegnerInnen angeführten Gründe ergibt, dass sie im Gegensatz zur Befürworterseite viel weniger allgemeine Motive nannten (Tabelle 4.4). Bei den Begründungen der GegnerInnen dominierten zwei Motivkategorien deutlich: Erstens übernahmen sie grösstenteils die Argumentation der Linken, wonach das Steuerpaket hauptsächlich die Reichen begünstige (67% der Gründe). Zweitens waren die GegnerInnen unzufrieden, weil das Steuerpaket zu viele Anliegen beinhaltet (51%). Auf der Gegnerseite lehnte eine Minderheit die Argumentation der BefürworterInnen des Steuerpakets ab: Ihrer Ansicht nach würde weder die Steuerbelastung insgesamt noch die Besteuerung des Wohneigentums sinken. Schliesslich sei noch darauf hingewiesen, dass die Argumentation der Referendumskantone nur von sehr wenigen Befragten, die gegen das Steuerpaket stimmten, genannt wurde (6%).

Tabelle 4.4: Steuerpaket – Gründe für das Nein in Prozent der Stimmenden

Gründe für die Ablehnung des Steuerpakets	
1. Begünstigt die Reichen	67
2. Enthält zu viele Anliegen	51
3. Hat keine Steuersenkung zur Folge	15
4. Wohneigentumsbesteuerung	9
5. Allgemeines (unnötig, sinnlos u.ä.)	7
6. Kantons- und Gemeindefinanzen (Kantone brauchen Geld u.ä.)	6
7. Andere Gründe (Empfehlungen usw.)	3
Total*	157% (n=384)
* Total wegen Mehrfachantworten grösser als 100%.	

4.4 Die Akzeptanz der Argumente

In Tabellen 4.5 und 4.6 wird die Akzeptanz der Hauptkampagnenargumente bei den Befragten dargestellt. Es sei vorausgeschickt, dass der Anteil unter den Befragten gross war, der dazu keine Angaben machte.

Tabelle 4.5: Steuerpaket – Akzeptanz der «Pro-Argumente» in Prozent der Stimmenden

«Pro-Argumente»		Einverst.	Nicht einverst.	k.A.
Das Steuerpaket verringert die Steuerlast für Familien und Ehepaare	Total	49	41	10
	Ja	78	17	5
	Nein	35	53	12
Das Steuerpaket fördert den Erwerb von Wohneigentum	Total	46	37	17
	Ja	71	18	11
	Nein	33	47	21
Das Steuerpaket kurbelt den Verbrauch und das Wachstum an	Total	33	55	13
	Ja	67	23	10
	Nein	16	70	14

Die Argumente, welche von der Befürworterseite während der Kampagne für das Steuerpaket vorgebracht wurden, waren relativ polarisierend (Tabelle 4.5). Eine grosse Mehrheit der BefürworterInnen schloss sich dem Argument an, das Steuerpaket kurble den Verbrauch an, während es auf Gegenseite von einer ebenso grossen Mehrheit abgelehnt wurde. Ein weiteres Argument, das sich auf die Senkung der Steuerbelastung für Ehepaare und Familien bezog, war ebenfalls polarisierend – wenn auch in geringerer Masse. Auch das dritte Argument bezüglich der Förderung des Wohneigentums spaltete die Stimmberechtigten allgemein, aber insbesondere die GegnerInnen des Steuerpakets. Die BefürworterInnen schlossen sich ihm grossmehrheitlich an, 47% der GegnerInnen lehnten es ab, 33% nahmen es an und immerhin 21% konnten sich dazu nicht äussern.

Bei den Argumenten der Steuerpaket-GegnerInnen (Tabelle 4.6) ergibt sich fast genau das umgekehrte Bild. Die Gegenargumente spalteten eher die Befürworterseite. Eine grosse Mehrheit der GegnerInnen, aber auch eine knappe Mehrheit der BefürworterInnen hiessen das Argument der Linken gut, das Steuerpaket begünstige vor allem reiche SteuerzahlerInnen. Für die Argumente der Referendumskantone und der Kantone, die das Referendum unterstützten, lag auf Gegenseite relativ breite Unterstützung vor. Diese war auch bei den Befragten erheblich, die das Steuerpaket angenommen haben. Dem Argument, das Steuerpaket führe zu einer Erhöhung der Kantons- und Gemeindesteuern, stimmte eine sehr grosse Mehrheit der GegnerInnen sowie eine grosse Minderheit der BefürworterInnen (46%) zu, wobei 14% der Stimmenden keine Angabe dazu machten. Das mag der Grund sein, warum die Kantonsargumente bei der Begründung von den Befragten nur selten spontan genannt wurden (Kapitel 4.3). Dafür spricht auch, dass 43% der Stimmenden, die das Steuerpaket angenommen haben, einverstanden waren mit dem Argument, der Bund solle sich nicht in die Steuerpolitik der Kantone einmischen, und dass 16% der Stimmenden sich dazu nicht äussern konnten.

Zusammenfassend ist die Unterstützung für die Pro- und Kontra-Argumente ambivalent. Die eventuell teilweise missverstandenen Argumente gegen das Steuerpaket spalteten nicht so sehr die beiden Lager als die Befürworterseite. Die meisten Stimmenden konnten sich der Argumentation der Referendumskantone anschliessen, so dass diese sie auch nicht eindeutig voneinander schied.

Tabelle 4.6: Steuerpaket – Akzeptanz der «Kontra-Argumente» in Prozent der Stimmenden

«Kontra-Argumente»		Einverstanden	Nicht einverst.	k.A.
Das Steuerpaket führt zu Erhöhungen der Kantons- und Gemeindesteuern	Total	65	22	14
	Ja	46	38	16
	Nein	74	13	13
Das Steuerpaket begünstigt die reichsten SteuerzahlerInnen auf Kosten der Allgemeinheit	Total	76	17	6
	Ja	53	40	7
	Nein	88	6	6
Der Bund darf nicht in die Steuerpolitik der Kantone eingreifen	Total	48	36	16
	Ja	42	45	13
	Nein	51	32	17

5. Die Stimmbeteiligung

Mit 50% liegt die Stimmbeteiligung vom 16. Mai 2004 über dem Durchschnitt der Vorjahre, der von 1992 bis 2002 rund 44% beträgt.

Wie bei den anderen eidgenössischen Volksabstimmungen wirkte sich das Alter erheblich auf die Stimmbeteiligung aus: Sie wird mit zunehmendem Alter grösser, wobei die Kurve bei den über 70-Jährigen noch etwas ansteigt. Je besser die Ausbildung und das Einkommen, desto höher die Stimmbeteiligung. Dieselbe Tendenz ist in etwas geringerer Masse auch in Bezug auf den gesellschaftlichen Status zu beobachten. Bei den Stimmberechtigten mit einem hohen gesellschaftlichen Status ist die Stimmbeteiligung überdurchschnittlich (ausser bei den selbständig Erwerbstätigen), was auf einen besseren Ausbildungsstand zurückzuführen sein könnte. Auch die Variable des Landesteils wirkte sich signifikant auf die Stimmbeteiligung aus. In der Westschweiz war die Stimmbeteiligung etwas höher (60%) als in der Deutschen (48%) und italienischsprachigen Schweiz (39, $V=.11^{***}$), wobei sie dort deutlich unter dem Landesdurchschnitt lag.

Viel erheblicher für die Stimmbeteiligung waren die politischen Faktoren. Dies hat allerdings nichts Ungewöhnliches an sich, wie aus zahlreichen VOX-Analysen hervorgeht.

Wer sich für Politik interessiert, geht eher an die Urne – dieser Faktor beeinflusst die Stimmbeteiligung stets. Das bestätigt auch der Vergleich mit der üblichen Stimmbeteiligung bei Abstimmungen. Bei den Stimmberechtigten, die angeben, an jeder Abstimmung teilzunehmen, lag die Stimmbeteiligung deutlich über dem Durchschnitt, während sie bei jenen, die höchstens an jeder zweiten Abstimmung teilnehmen, deutlich unter dem Durchschnitt lag. Ausschlaggebend waren auch inhaltliche Faktoren der zur Abstimmung stehenden Fragen. Menschen mit einer guten Kenntnis der Vorlagen beteiligten sich stärker als der Landesdurchschnitt (71%). Bei den Befragten mit einem durchschnittlichen Kenntnisstand der Vorlagen war die Beteiligung aber auch hoch (54%), während jene mit einem geringen Kenntnisstand der Vorlagen der Urne mehrheitlich fernblieben (18%; $V=.38^{***}$). Diese Tendenz schlägt sich auch bei der persönlichen Bedeutung nieder, die den Vorlagen beigemessen wurde. Je grösser die persönliche Betroffenheit der Stimmberechtigten, desto eher gingen sie an die Urne. Befragte, welche die Abstimmung vom 16. Mai 2004 als nicht sehr wichtig bezeichneten, enthielten sich grösstenteils der Stimme. Auf die Stimmbeteiligung wirkte sich jedoch auch die Schwierigkeit aus, sich eine Meinung zu bilden. Stimmberechtigte, denen es leicht fiel oder die Mühe hatten, sich eine Meinung zu bilden, beteiligten sich an der Abstimmung, während die Unentschiedenen grösstenteils der Urne fernblieben. Auch die Einstufung auf einer Links-Rechts-Achse wirkte sich entscheidend auf die Stimmbeteiligung aus. Wer sich auf der Links-Rechts-Achse einstuft, ging häufiger abstimmen als wer keine Einstufung vornahm, was oft auf eine geringe Politisierung hindeutet. Besonders hoch war die Stimmbeteiligung bei den links orientierten Personen.

⁴ Aus Platzgründen werden die Tabellen zum soziodemographischen und politischen Profil der Stimmenden vom 16. Mai 2004 ausnahmsweise nicht wiedergegeben

beteiligung bei jenen Kategorien, die sich links aussen oder links auf der Achse positionierten, während bei den StimmbürgerInnen, die sich in der Mitte oder rechts der Achse ansiedelten, die Stimmbeteiligung ungefähr dem Durchschnitt entsprach. Die gleiche Tendenz ergibt sich in etwas geringerem Mass bei der Identifizierung mit einer Partei. Den politischen Parteien ist es im Grossen und Ganzen gut gelungen, ihre Anhänger-schaft zu mobilisieren, wobei die Stimmbeteiligung besonders in SP- aber auch in FDP-Kreisen am höchsten war. Dass die Abstimmungsfragen an sich zu mobilisieren vermochten, wird daran deutlich, dass die Stimmbeteiligung bei jenen Befragten, die sich keiner Partei verbunden fühlen, 40% betrug. Auch die Mitgliedschaft in einer politischen Partei hatte einen gewissen Einfluss auf die Stimmbeteiligung: Die Mitglieder politischer Parteien haben massiv abgestimmt. Obwohl die Stimmbeteiligung bei den Verbandsmitgliedern noch grösser war, ist der Unterschied ausser beim Schweizerischen Hauseigentümergeverband statistisch nicht signifikant. Die Stimmbeteiligung variiert zudem leicht im Verhältnis zum Vertrauen, das die StimmbürgerInnen der Regierung entgegenbringen. Sie war sowohl bei den Stimmberechtigten, die ihr vertrauen (58%), als auch bei jenen, die ihr misstrauen (52%), relativ hoch, während sie bei den Unentschiedenen deutlich unter dem Durchschnitt lag (38%; $V=.14^{***}$).

6. Schlusswort

Da der Anteil der Nein-Stimmen bei allen drei Abstimmungsvorlagen vom 16. Mai 2004 ähnlich hoch war, stellte sich die Frage, ob die Stimmen «en bloc» abgegeben worden waren. Aus *Tabelle 6.1* geht die Verteilung der Stimmen auf die drei Vorlagen hervor. Über die Hälfte der Stimmenden haben dreimal gleich gestimmt. Doch ist vor allem der Prozentsatz der «Nein-Sager» interessant: 49% der Stimmenden legten am 16. Mai 2004 dreimal ein Nein in die Urne.

Tabelle 6.1: Verteilung der Stimmen auf die Vorlagen vom 16. Mai

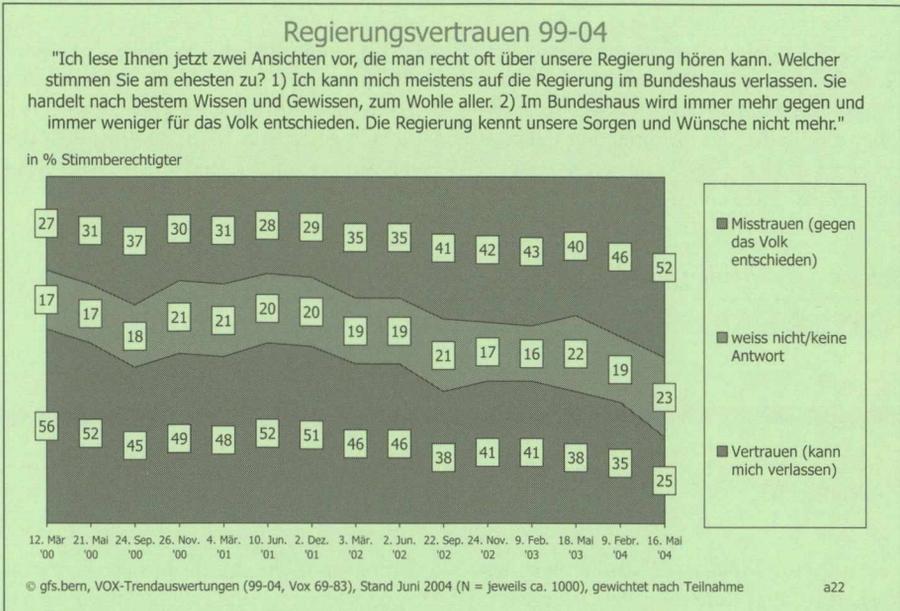
<i>Abstimmungsverhalten</i>	<i>% der Stimmenden</i>
3 x Ja	6
2 x Ja	17
1 x Ja	29
3 x Nein	49
Total (n) = 600	100

Anhand von *Tabelle 6.2* können wir das soziodemographische und politische Profil im Verhältnis zur Verteilung der Stimmen analysieren, wobei nur die erheblichsten Variablen in der Tabelle wiedergegeben wurden.

Obwohl der Bundesrat ein Dreifach-Ja empfohlen hatte, folgten ihm selbst in der Kategorie der Befragten, die der Regierung vertrauen, nur 12%. Demgegenüber hat eine Mehrheit der Stimmenden, die der Regierung misstrauen (58%), dreimal ein Nein in die Urne gelegt. Auf Grund der interessanten Analyse der VOX 82 über die Entwicklung des Regierungsvertrauens, ersehen wir aus der *Grafik 6.1*, dass das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Regierung tendenziell weiter sinkt, wobei bekanntlich das Vertrauen nach grösseren Niederlagen des Bundesrates einbricht. Bei den Stimmberechtigten, die der Regierung misstrauen, war der Anteil des Dreifach-Neins wohl am höchsten, doch die Stimmbeteiligung war in dieser Gruppe nicht höher als bei jenen, die der Regierung vertrauen. Der wachsende Prozentsatz der StimmbürgerInnen, die der Regierung nicht mehr vertrauen, ist ein möglicher Grund für das Dreifach-Nein, aber sicher nicht der einzige.

Offenbar ist es nicht allen Parteien gelungen, ihre Anhängerschaft gesamthaft für ihre Parolen zu allen drei Vorlagen zu gewinnen. Wohl empfahl die SVP unterschiedliche Stimmabgaben pro Vorlage und die CVP ein dreifaches Ja, doch wurde ihnen bei allen drei Vorlagen offenbar nicht Folge geleistet. In der Gruppe, die der SVP nahe steht, haben nämlich 51% und in der CVP-Gruppe 53% dreimal Nein gestimmt. Stimmende, die der SP und mehr noch jene, die der FDP nahe stehen, haben sich für unterschiedliche Stimmabgaben entschieden. 46% der SP nahe Stehenden stimmten zweimal Nein und 34% der FDP nahe Stehenden zweimal Ja (Resultate hier nicht wiedergegeben). Es mutet

Grafik 6.1: Regierungsvertrauen (in % der Stimmberechtigten)



kaum überraschend an, dass das Dreifach-Nein in erster Linie von Stimmenden herrührt, die sich keiner Partei zugehörig fühlen. Im Hinblick auf den Einfluss der Einstufung auf der Links-Rechts-Achse ergab sich dieselbe Tendenz. Zwischen Personen, die sich auf der Links-Rechts-Achse einstufen konnten, ergaben sich keine nennenswerten Unterschiede bei der Stimmverteilung. Ganz anders sieht es jedoch im Verhältnis zu jenen aus, die sich auf der Achse nicht einordnen konnten oder wollten: 77% jener Stimmenden stimmten dreimal Nein, während niemand dreimal Ja stimmte. Die Mehrheit jener Stimmenden, die über schlechte Kenntnisse über die drei Vorlagen verfügen, lehnten sie «en bloc» ab. Das Stimmverhalten verhält sich ausserdem linear zum Ausbildungsstand: Je schlechter der Ausbildungsstand, desto eher wurde ein Dreifach-Nein in die Urne gelegt. Der gesellschaftliche Status beeinflusste den Stimmentscheid leicht. Die ArbeiterInnen, die Landwirte und die Angehörigen von freien Berufen haben mehrheitlich «en bloc» Nein gestimmt, was allerdings als Trend auszugehen ist, weil in gewissen Kategorien die Anzahl Fälle sehr niedrig war (n).

Zusammenfassend lässt sich also bis zu einem gewissen Mass ein Profil jener StimmbürgerInnen erstellen, die dreimal Nein gestimmt haben: Das Dreifach-Nein stammt eher von Stimmenden, die der Regierung misstrauen, keine Einstufung auf der Links-Rechts-Achse vornehmen, keiner Partei nahe stehen, keinen hohen Kenntnisstand der Vorlagen und keinen hohen Ausbildungsstand haben.

Tabelle 6.2: Differenzierte Stimmabgabe am 16. Mai 2004 nach soziodemographischen und politischen Merkmalen

<i>Merkmale / Kategorien</i>	<i>3 x Ja in %</i>	<i>Differenziert in %</i>	<i>3 x Nein in %</i>	<i>(n)</i>	<i>Korrelations- koeffizient</i>
<i>Total VOX (ungewichtet)</i>					
<i>Vertrauen in die Regierung</i>					
Vertrauen	12	55	33	169	.18***
Unentschiedene	2	52	46	95	
Misstrauen	3	39	58	330	
<i>Maximaler Kenntnisstand zu den Vorlagen</i>					
Gering	(8)	(28)	(64)	(39)	.14***
Mittel	5	40	56	309	
Hoch	6	56	38	252	
<i>Parteiverbundenheit^a</i>					
Sozialdemokratische Partei	1	58	41	148	.19**
Christlichdemokratische Volkspartei	(18)	(29)	(53)	(34)	
Freisinnig-Demokratische Partei					
Liberale Partei	12	50	38	74	
Schweizerische Volkspartei	6	43	51	81	
Andere	(0)	(55)	(45)	(31)	
Keine	5	36	59	188	
<i>Positionierung auf Links-Rechts-Achse^a</i>					
Links aussen	0	57	43	60	.19***
Links	1	51	48	138	
Mitte	12	41	48	173	
Rechts	6	51	43	95	
Rechts aussen	8	49	43	76	
Keine Einstufung	0	23	77	52	
<i>Schulbildung /Ausbildung</i>					
Schulobligatorium	6	28	67	54	.13*
Lehre, Berufsschule	6	43	52	267	
Matur, Lehramt	7	43	51	73	
Berufsmittelschule, HTL	2	54	45	56	
Fachhochschule	(6)	(52)	(42)	(33)	
Universität, Technische Hochschule	6	58	36	115	
<i>Gesellschaftlicher Status</i>					
Landwirtin	(7)	(29)	(64)	(14)	.15*
AkademikerInnen / freie Berufe	(13)	(33)	(53)	(15)	
Selbständig Erwerbstätige	3	62	34	61	
Oberes Kader	(0)	(56)	(44)	(36)	
Mittleres Kader	6	50	45	214	
Gelernte ArbeiterInnen	7	37	56	155	
Ungelernte ArbeiterInnen	(0)	(37)	(63)	(41)	

*p<0.05, **p<.01, ***p<.001.

^a Die Kategorie «keine Partei» wurde zur Schätzung des Koeffizienten nicht berücksichtigt.

7. Zur Methode

Die vorliegenden Ergebnisse der Studie VOX 83 beruhen auf der Analyse der Volksabstimmung vom 16. Mai 2004. Das Forschungsinstitut gfs.bern führte die Befragung durch und das *Département de science politique* der Universität Genf analysierte die erhobenen Daten.

Die Untersuchung beruht auf einer repräsentativen Befragung, die in der ganzen Schweiz innerhalb von zwei Wochen nach der Volksabstimmung durchgeführt wurde. Die Stichprobe umfasst 1002 stimmberechtigte Personen, und die Stichprobenziehung erfolgte in einem dreistufigen Zufallsverfahren unter Berücksichtigung des Landesteils, der Haushalte (anhand des elektronischen Telefonbuchs der Swisscom) und der in diesen Haushalten lebenden Personen (nach Alter). In der Stichprobe kommen 70% der Personen aus der Deutschen Schweiz, 24% aus der Westschweiz und 6% aus der italienischsprachigen Schweiz.

Mit einer Stichprobenziehung im Zufallsverfahren und einer prozentualen Werteverteilung von 50%–50% ergibt sich bei unserer Stichprobe mit 1002 Personen eine Fehlermarge von $\pm 3\%$ mit einer Plausibilitätsschwelle von 95%. Die Fehlermarge, die normalerweise bei 3% bis 5% liegt, gibt an, inwiefern die Schlussfolgerungen der Untersuchung richtig sind. Die Bestimmung der Plausibilitätsschwelle beruht auf dem Chi-Quadrat-Unabhängigkeitstest. Dabei bedeutet * eine Plausibilität von unter 0,05, ** von unter 0,01 und *** von unter 0,001. Beträgt die Plausibilität mehr als 5%, bedeutet der Vermerk n.s., dass der Koeffizient nicht signifikant ist. Die Korrelationen werden anhand des Koeffizienten Cramer's V interpretiert: 1 steht für eine völlige Übereinstimmung zwischen den beiden Variablen; 0 steht, wenn gar keine Übereinstimmung zwischen den Variablen besteht.

8. Hauptresultate der VOX-Analyse der Abstimmung vom 16. Mai 2004

Am 16. Mai 2004 stimmte das Schweizer Volk über drei Vorlagen ab: die 11. AHV-Revision, die MwST-Anhebung und das Steuerpaket. Die 11. AHV-Revision beinhaltete unter anderem die Erhöhung des Rentenalters für Frauen, die Anpassung der Witwen- und Waisenrenten sowie den Teuerungsausgleich der Renten alle drei Jahre. Die SP, der SGB, Travail.Suisse und der SKV hatten dagegen das Referendum ergriffen. Die 11. AHV-Revision wurde mit knapp 68% der Stimmen verworfen. Die geplante MwST-Anhebung diente der Finanzierung der IV (0.8%) und der AHV (1.0%). Das Volk lehnte die MwST-Anhebung mit 68,6% der Stimmen ab. Mit dem Bundesgesetz über die Änderung von Erlassen im Bereich der Ehe- und Familienbesteuerung, der Wohneigentumsbesteuerung und der Stempelabgaben (nachstehend «Steuerpaket») bezweckte man

eine Änderung der Besteuerung in drei Bereichen: in der Ehe und Familie (u.a. Teilsplitting, Erhöhung der Abzüge für Familien und bei den obligatorischen Krankenkassenprämien), beim Wohneigentum (u.a. Abschaffung der Besteuerung des Eigenmietwerts und der Abzüge der Hypothekarschuldzinsen) und bei den Stempelabgaben. Erstmals seit 1874 machten 11 Kantone von ihrem Referendumsrecht Gebrauch. Das Volk erteilte dem Steuerpaket mit 65.9% der Stimmen eine klare Absage.

Die 11. AHV-Revision

Diese Vorlage hat das Stimmvolk nicht gespalten, wie aus dem soziodemographischen Profil der Stimmenden deutlich wird. Die 11. AHV-Revision wurde in der Tat von allen Bevölkerungsgruppen abgelehnt, wobei die Ablehnung bei den Männern etwas weniger deutlich ausfiel als bei den Frauen. Die Arbeiterinnen und Arbeiter und das mittlere Kader lehnten sie stärker ab als andere Bevölkerungsgruppen. Trotzdem hatten Bildung, Alter, Wohnort und Landesteil keinen massgeblichen Einfluss auf den Stimmentscheid.

Aufschlussreicher sind hingegen die politischen Variablen. Eine gewisse Links-Rechtspolarisierung beeinflusste den Stimmentscheid. Die Identifizierung mit einer Partei spielte für den Anteil der Ja-Stimmen eine wichtige Rolle. Die SP-SympathisantInnen verwarfen die 11. Revision massiv (17% Ja). Auch der FDP ist es gelungen, 56% ihrer Anhängerschaft von ihrer Ja-Parole zu überzeugen. Die SVP-Gefolgschaft hingegen nahm sie offenbar nur zu 41% und die CVP-Gefolgschaft zu 46% an. Dieselbe Differenz ergibt sich im Grossen und Ganzen auch aus der Positionierung der Stimmenden auf einer Links-Rechts-Achse. Je weiter rechts sich die Befragten auf der Achse einstuften, desto eher befürworteten sie die 11. Revision. Bei den rechtsausen Stimmenden zeichnete sich sogar eine Mehrheit für die Vorlage ab. StimmbürgerInnen, die Vertrauen in die Regierung haben, nahmen die 11. Revision knapp an, während sie von den Unentschiedenen und jenen, die der Regierung nicht vertrauen, relativ deutlich abgelehnt wurde. Unter Gewerkschaftsmitgliedern und -anhängerInnen war die Ablehnung tendenziell noch ausgeprägter, während sie bei jenen des Schweizerischen Gewerbeverbands (SGV) und des Schweizerischen Arbeitgeberverbands erheblich schwächer ausfiel.

Aus der Analyse der Stimmotive geht hervor, dass die BefürworterInnen der 11. AHV-Revision dem bundesrätlichen Argument der demographischen Entwicklung der Schweiz folgten, während die GegnerInnen als Gründe häufig den möglichen Sozialabbau, das höhere Rentenalter für Frauen oder eine andersartige Sicherung des AHV-Systems nannten. Diese Tendenz wird auch durch die Analyse der Akzeptanz für die einzelnen Argumente bestätigt. Die Argumente für die 11. AHV-Revision fanden auf Befürworterseite insgesamt Unterstützung, während die Gegnerschaft insbesondere zur Frage der Ausgabenkürzungen zur Finanzierung der AHV sowie zur Frage der Gleichbehandlung von Männern und Frauen bei der Heraufsetzung des Rentenalters für Frauen gespalten war. Demgegenüber polarisierten die Gegenargumente zur 11. AHV-Revision die beiden Lager stärker. Die Gegner konnten sich den Argumenten anschliessen, wonach die 11. Revision gleichbedeutend mit Sozialabbau sei und das Rentenalter der Frauen nicht erhöht werden sollte, während diese von den Befürwortern der 11. AHV-Revision abgelehnt wurden.

Die Erhöhung der MwST

Die Analyse der Einflussfaktoren ergibt, dass die soziodemographischen Variablen bei den Befürwortern einer MwST-Anhebung keine massgebliche Rolle gespielt haben. Politische Faktoren waren jedoch ausschlaggebend. 51% der der SP nahe Stehenden nahmen die MwST-Anhebung an, während die der FDP (25% Ja) und der SVP (12% Ja) nahe Stehenden sie eindeutig ablehnten. Offenbar haben aber nur 43% der CVP-AnhängerInnen für die MwST-Anhebung gestimmt. Diese Tendenzen werden – wenn auch in geringerem Masse – durch die Positionierung der Stimmenden auf einer Links-Rechts-Achse bestätigt. Je weiter rechts sie sich auf der Achse ansiedeln, desto massiver lehnten sie die MwST-Anhebung ab, während Stimmende, die sich auf der Achse links oder links-aussen positionieren, die MwST-Anhebung mehrheitlich annahmen. Bei den StimmbürgerInnen, welche der Regierung vertrauen, kam zwar keine Mehrheit für die Vorlage zustande, doch stimmten eindeutig mehr dafür als in den anderen Gruppen. Bei den Mitgliedern und AnhängerInnen des SGV und des Schweizerischen Arbeitgeberverbands war die Ablehnung der MwST-Anhebung besonders ausgeprägt.

Analysiert man die für die MwST-Anhebung angeführten Gründe, stellt man fest, dass das Hauptanliegen der BefürworterInnen mehrheitlich die Finanzierbarkeit der IV und AHV war, während die GegnerInnen überwiegend gegen die Steuererhöhung antraten. Die dominierenden Begründungen lassen darauf schliessen, dass das eindeutige MwST-Nein ein «Portemonnaie»-Entscheid war. Die Untersuchung zur Akzeptanz für die einzelnen Argumente ergab Übereinstimmung bei der Einschätzung der finanziellen Lage der IV, aber Meinungsunterschiede bei der geeigneten Lösung.

Das Steuerpaket

Anhand des soziodemographischen Profils der Steuerpaket-Befürworterschaft sind keine grossen Spaltungen zu erkennen. Der Landesteil beeinflusste den Stimmentscheid nicht wesentlich. Allerdings lehnten die Frauen und die städtische Bevölkerung das Steuerpaket noch deutlicher ab als die Männer und die Landbevölkerung. Ein interessanter Unterschied entlang den gesellschaftlichen Klassen zeichnete sich jedoch ab: Je höher das Haushaltseinkommen und – in einem etwas beschränkteren Masse – je höher der gesellschaftliche Status, desto eher haben die Stimmenden ein Ja in die Urne gelegt. Ausschlaggebende Faktoren waren der Zivilstand und die Wohnverhältnisse: Bei den Verheirateten und den Wohneigentümern fiel das Nein zum Steuerpaket weniger deutlich aus.

Die Parteiverbundenheit und die Einstufung auf der Links-Rechts-Achse führten zu einer gewissen Polarisierung im Stimmverhalten. Unter den Befragten, welche Sympathien für die SVP bekundeten, nahmen 52%, bei der FDP 58% das Steuerpaket an, während es bei der SP auf massive Ablehnung stiess (17% Ja). Bei der CVP ist das Bild etwas differenzierter: Nur 31% der Befragten, welche nach eigenen Angaben der CVP nahe stehen, nahmen das Steuerpaket entgegen der nationalen Parteiparole an (10 kantonale Sektionen hatten hingegen die Nein-Parole herausgegeben). Diese Tendenz zur Polarisierung zwischen Rechts und Links wird durch die Positionierung der Befragten auf einer Links-

Rechts-Achse bestätigt. Je weiter links sich die Befragten auf der Achse einstufen, desto stärker fiel die Ablehnung des Steuerpakets aus, während dieses von einer Mehrheit der Befragten angenommen wurde, die sich rechts auf der Achse ansiedelten. Die Mitglieder und AnhängerInnen des Schweizerischen Mieterverbands verwarfen das Steuerpaket klar, während die Mitglieder des Schweizerischen Hauseigentümerversbands mehrheitlich dafür stimmten. Bei den Mitgliedern und AnhängerInnen des Schweizerischen Arbeitgeberverbands war der Anteil der Nein-Stimmen deutlich geringer. Stimmende, die der Regierung vertrauen, lehnten das Steuerpaket weniger häufig ab.

Aus der Untersuchung der Stimmotive geht hervor, dass die BefürworterInnen des Steuerpakets für die Änderung der Wohneigentum- und der Ehepaar- und Familienbesteuerung waren. Nach Auffassung der GegnerInnen kam das Steuerpaket zu stark den gut Verdienenden zugute und enthielt zu viele unterschiedliche Massnahmen. Bis zu einem gewissen Mass wird diese Tendenz durch die Analyse der Akzeptanz für die einzelnen Kampagnenargumente bestätigt. Die BefürworterInnen des Steuerpakets konnten sich den Argumenten anschliessen, wonach durch das Steuerpaket die Steuerlast für Ehepaare und Familien gesenkt und der Zugang zum Wohneigentum erleichtert würde. Die Analyse der Gegenargumente ist erheblich heikler. Die Kantone, welche das Referendum ergriffen hatten, verwiesen auf das Risiko einer Steuererhöhung auf Kantons- und Gemeindeebene sowie auf die Nichteinmischung des Bundes in die kantonale Steuerpolitik. Bei den Stimmenden lag eine relativ breite Unterstützung für diese Argumente vor, ohne dass diese sie jedoch in Lager spaltete.

Das Abstimmungsverhalten zu den einzelnen Vorlagen vom 16. Mai 2004

Da der Anteil der Nein-Stimmen bei allen drei Abstimmungsvorlagen vom 16. Mai 2004 ähnlich hoch war, stellte sich die Frage, ob die Stimmen «en bloc» abgegeben worden waren. 49% der Stimmenden legten am 16. Mai 2004 dreimal ein Nein in die Urne, während 46% je nach Vorlage unterschiedlich stimmten (2 Ja oder 1 Ja).

Aus dem soziodemographischen und politischen Profil der Stimmenden und ihres Stimmverhaltens wird ersichtlich, dass nur 12% der Befragten, welche angeben, der Regierung zu vertrauen, alle drei Vorlagen angenommen haben. Das Regierungsvertrauen der BürgerInnen schwindet tendenziell weiter, wobei bekanntlich das Vertrauen nach grösseren Niederlagen des Bundesrates einbricht (siehe VOX 82). Im Zusammenhang mit der Abstimmung vom 16. Mai 2004 gaben 26% der Befragten an, Vertrauen in die Regierung zu haben, 53% misstrauen ihr und 22% waren unentschieden. Im März 2002 vertrauten noch 57% der Befragten der Regierung, 26% misstrauten ihr und 18% waren unentschieden. Unter den Stimmberechtigten, welche der Regierung misstrauen, war der Anteil des Dreifach-Neins besonders hoch (58%), ihre Stimmbeteiligung war indes nicht höher als bei jenen, die der Regierung vertrauen. Das zunehmende Regierungsmisstrauen erklärt sicher zum Teil das Dreifach-Nein, doch ist das nicht der einzige Grund. Die Identifizierung mit einer Partei war für das Stimmverhalten ausschlaggebend. Obwohl die SVP unterschiedliche Abstimmungsparolen zu den einzelnen Vorlagen herausgegeben hatte und die CVP ein dreifaches Ja empfahl, lehnten 51% der der SVP nahe

Stehenden und 53% der der CVP nahe Stehenden alle drei Vorlagen ab. Die AnhängerInnen der SP und besonders jene der FDP stimmten unterschiedlich. Unter der SP-Anhängerschaft stimmten 46% zweimal Nein und unter der FDP-Anhängerschaft 34% zweimal Ja. Die Stimmenden, welche keiner Partei nahe stehen und sich ideologisch auf einer Links-Rechts-Achse nicht einstufen, lehnten die drei Vorlagen relativ deutlich ab. Und jene mit einem schlechten Kenntnisstand der drei Abstimmungsvorlagen lehnten sie mehrheitlich «en bloc» ab.

Die Stimmbeteiligung

Mit 50% lag die Stimmbeteiligung vom 16. Mai 2004 über dem Durchschnitt von ca. 44% der letzten Jahre. Auch bei dieser Abstimmung nahm die Stimmbeteiligung zu, je älter die Stimmenden und je höher ihre Gesellschaftsschicht waren, wie die Analyse des soziodemographischen Profils ergab. Darüber hinaus zeichnete sich auch eine unterschiedliche Stimmbeteiligung je nach Landesteil ab: In der Westschweiz war sie leicht höher als in der deutschen Schweiz.

Je häufiger die Stimmberechtigten an Abstimmungen teilnehmen, je mehr sie sich für Politik interessieren und je stärker sie sich persönlich von den Vorlagen betroffen fühlen, desto höher ist wiederum die Stimmbeteiligung insgesamt – dies ergab die Untersuchung der politischen Merkmale. Je eher sich die StimmbürgerInnen eine Meinung zu den drei Vorlagen bilden konnten und je besser ihr Kenntnisstand zu den Vorlagen, desto eher haben sie an der Abstimmung teilgenommen. Den politischen Parteien ist es im Grossen und Ganzen gut gelungen, ihre Anhängerschaft zu mobilisieren. Zudem gingen mehr Stimmberechtigte, die der Regierung vertrauen, aber auch mehr, die ihr misstrauen, an die Urne als Unentschiedene.